



# informiert

Informationen des Bundesverbandes UnternehmerFrauen im Handwerk e.V.

## **Was die Unternehmerfrauen im Handwerk von der Politik erwarten**

Das Handwerk steht als Wirtschafts- und Gesellschaftsgruppe für nachhaltiges und verantwortungsbewusstes Unternehmertum. Wir erwarten daher von der Politik gerade in Zeiten des Umbruchs und der Krisen Maßnahmen, die das Handwerk stärken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen. Konkret fordern wir:

### **Duale Berufsausbildung und Handwerksordnung stärken**

Mit dem Dualen Berufsbildungssystem und der Handwerksordnung hat Deutschland ein starkes Fundament zur Sicherung der Fachkräfte und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Es ist Voraussetzung für nachhaltiges Unternehmertum, sichere Beschäftigung, gute Ausbildung und hohe Qualität von Dienstleistungen und Produkten. Die Politik darf keine einseitigen Anstrengungen zugunsten akademischer Bildungswege unternehmen. Vielmehr müssen der Meisterbrief und seine tragenden Strukturen erhalten und gestärkt werden.

### **Bürokratische Hemmnisse abbauen**

Der Bundesverband UFH fordert den Abbau von Überregulierung und Bürokratie. U.a. muss die "one in/one out"-Regelung fortentwickelt werden. Nach dieser gesetzlichen Regel dürfen neue Belastungen nur in dem Maße eingeführt werden, wie bisherige Belastungen abgebaut werden. Auch im Arbeits- und Tarifrecht brauchen wir kleinbetriebsgerechte Regelungen z.B. bei Ruhezeiten und Aufzeichnungspflichten, insbesondere beim Mindestlohn. Die unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze für Waren und Dienstleistungen sowie die Regelungen zum Vorsteuerabzug bei der Umsatzsteuer sollten grundlegend reformiert werden. Auch die Feststellung einer möglichen Abgabepflicht und die Ermittlung der Höhe der Künstlersozialabgabe ist gerade für kleine Betriebe eine große bürokratische Belastung und mit erheblicher Rechtsunsicherheit behaftet. Das System der Künstlersozialabgabe muss daher von Grund auf reformiert und vereinfacht werden.

### **Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessern**

Die aktuellen Steuerüberschüsse sollten dazu genutzt werden, um die "kalte Progression" und den sog. Mittelstandsbauch bei der Einkommenssteuer endgültig abzuschaffen. Auch der Solidaritätszuschlag ist nicht mehr zeitgemäß und muss auslaufen. Damit die Handwerksbetriebe in allen Regionen Deutschlands die Chancen der digitalen Entwicklung nutzen können, muss ein flächendeckender Internetzugang mit ausreichenden Bandbreiten im Gigabitbereich geschaffen werden. Wir fordern außerdem faire und verantwortungsgerechte Haftungsregelungen. Die Handwerksbetriebe dürfen nicht für Fehler



# informiert

Informationen des Bundesverbandes UnternehmerFrauen im Handwerk e.V.

haften, die sie nicht verursacht haben. Bei allen geltenden Regelungen wie z.B. der Dokumentation des Mindestlohns, Schwarzarbeit oder Hygienevorschriften, erwarten wir von der Politik, dass unsere Betriebe nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

### **3 Jahre Kindererziehungszeit auch für Geburten vor 1992**

Um eine Gleichbehandlung von älteren und jüngeren Müttern zu erreichen, sollte für Geburten vor 1992 auch das dritte Jahr Kindererziehungszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt werden. Damit würde eine Gerechtigkeitslücke geschlossen. Da die Anerkennung der Kindererziehung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, muss diese aus Steuermitteln finanziert werden.

### **Kinderbetreuungsangebot weiter ausbauen**

Derzeit fehlen immer noch 228.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige in Deutschland. Das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung muss noch stärker ausgebaut und flexibler gestaltet werden. Dies würde den Wunsch vieler Eltern unterstützen, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Die frühe Förderung von Kindern in einer Bildungseinrichtung ist außerdem gerade für Familien aus bildungsfernen Schichten von fundamentaler Bedeutung.

### **Keine weiteren gesetzlichen Freistellungsansprüche schaffen**

Angesichts des spürbaren Fachkräftemangels sind familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein wichtiger Wettbewerbsfaktor für Handwerksunternehmen. Familienfreundliche Arbeitszeiten sollten aber auf freiwilliger Basis zwischen Unternehmen und Beschäftigten vereinbart werden. Abzulehnen sind Ansprüche der Arbeitnehmer auf mehr individuelle Arbeitszeitsouveränität, wie sie etwa bei der sog. Wahlarbeitszeit, der "Familienarbeitszeit" und der befristeten Teilzeit zum Ausdruck kommen. Sie wären ein zu massiver Eingriff in die Personalplanung der Unternehmen.

### **Ansprechpartnerin:**

Dr. Anne Dohle  
Geschäftsführerin des Bundesverbandes UFH  
Mohrenstr. 20/21  
10117 Berlin  
Tel.: 030/20619-185  
Mail: [bv-ufh.geschaeftsstelle@zdh.de](mailto:bv-ufh.geschaeftsstelle@zdh.de)